agenzia fides
Fondata nel 1927
Organo di informazione delle Pontificie Opere Missionarie
http://www.fides.org

ASIEN/PAKISTAN - Weltkirchenrat appelliert an den Premierminister: „Schutz religiöser Minderheiten dringend notwendig"

Islamabad (Fidesdienst) – Der Weltkirchenrat (WCC) fordert die pakistanische Regierung „zum Schutz pakistanischer Christen und anderer religiöser Minderheiten vor Terrorismus" auf. Nach dem Anschlag auf die All-Saints-Kirche in Peshawar in der vergangenen Woche, wendet sich der Generalsekretär des Rates, Olav Fykse Tveit, in einem Schreiben mit dieser Bitte an den pakistanischen Ministerpräsidenten Nwaz Sharif. In dem Schreiben, das dem Fidesdienst vorliegt, verurteilt der Weltkirchenrate „den terroristischen Anschlage" und ruft zur Solidarität mit den Angehörigen auf. Tveit äußert sich sehr besorgt im Hinblick auf die Unsicherheit religiöser Minderheiten in Pakistan, insbesondere mit Blick auf die wachsende Bedrohung durch religiösen Extremismus. Der Generalsekretär des WCC fordert deshalb von der pakistanischen Regierung Maßnahmen, die den Schutz der schwächsten Bevölkerungsteile und insbesondere jener Religionsgemeinschaften garantieren, deren Leben ständig in Gefahr ist.
Wie aus einem Bericht des Zentrums für Forschung und Studien zur Sicherheit mit Sitz in Islamabad hervorgeht kamen von Januar bis Ende August 2013 in Pakistan insgesamt 4.286 Menschen durch Morde, bewaffnete Übergriffe oder terroristische Attentate ums Leben. „Aufgrund von Lücken des Rechtsstaates und der Ohmacht der Gerichte ist Pakistan zu einem Vernichtungslager geworden, wo Taliban und radikalislamische Gruppen straffrei agieren können", so die „Asien Human Rights Commission" mit Sitz in Hongkong in einer Verlautbarung, die dem Fidesdienst vorliegt. „Gegenüber Zivilisten sind die Achtung der Würde und des Lebens und Gerechtigkeitsempfinden verschwunden und unschuldige pakistanische Bürger werden abgeschlachtet. Das Recht auf Leben hat kaum mehr Bedeutung". Auch nach Ansicht der Kommission ist „eine Reform des Strafrechts dringen notwendig, wobei es auch einen politischen Willen der Regierung geben muss, gegen gewaltbereite Gruppen im Land vorzugehen". (PA) (Fidesdienst, 04/10/2013)

I contenuti del sito sono pubblicati sotto Licenza Creative Common - http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.it